Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Wie die Proteste in Kasachstan gewalttätig wurden – und warum Russland nicht schweigen kann
2. Nord Stream 2 ist ein zweischneidiges geopolitisches Instrument
3. Medizinstatistiker zur Covid-Datenlage: "Lauterbach könnte recht haben – oder völlig danebenliegen"
4. Die andere Seite des Virus
5. Niedrige Monatsentgelte: Je nach Region zwischen 6 und 43 Prozent betroffen – neue Studie liefert Daten für alle Städte und Landkreise
6. Jedem Dritten droht Rente von unter 1300 Euro
7. Debeka-Datenanalyse: Psyche Hauptgrund für Berufsunfähigkeit
8. Schweizer Bauarbeiter weigern sich, die Kosten der Corona-Krise zu tragen
9. Journalismus im Zwielicht
10. Keine Zeit für Vernunft – Gedanken zum Jahreswechsel

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Wie die Proteste in Kasachstan gewalttätig wurden – und warum Russland nicht schweigen kann**
   Die Sicherheit in Zentralasien, der Zugang zum Weltraumbahnhof und ethnische Russen sind Gründe, warum Moskau die Unruhen in der ehemaligen Sowjetnation

nicht ignorieren kann. Was steckt hinter den aktuellen gewaltsamen Unruhen in Kasachstan – und warum ist die politische Stabilität in dieser riesigen, ehemaligen Sowjetrepublik für Russland von Bedeutung?
Die Ereignisse in Kasachstan entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit, wobei sich die Situation fast stündlich ändert. Zunächst schien es, als würden die Proteste gegen die steigenden Energiepreise nicht zunehmen. Seitdem hat das Land jedoch die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), eine von Russland geführte Militärallianz, um Hilfe gebeten, und Soldaten liefern sich erbitterte Straßenschlachten mit bewaffneten Marodeuren. […]
Die Unruhen scheinen jedoch meist spontan und nicht koordiniert. Weder scheint es, dass es Rädelsführer gibt, die die Massen organisieren, noch hat sich eine politische Partei an die Spitze der Protestbewegung gestellt. Die Regierung weiß nicht, mit wem sie verhandeln soll, während die Demonstranten die Kontrolle über zahlreiche öffentliche Gebäude Kasachstans übernahmen sowie die Büros der Regierungspartei Nur Otan und die von nationalen Fernsehsendern gestürmt und zerstört haben.
Quelle: RT DE

Anmerkung Marco Wenzel: *Die Westmächte wollen einen Keil zwischen Russland und China treiben. Kasachstan ist ein wichtiges Land für China, da der Teil der Neuen Seidenstrasse, der von Chonquing nach Europa geht (sowohl über die Strasse als auch über die Schiene), hautsächlich über Kasachstan, von Almaty (früher Alma Aty) nach Moskau und von dort über Weissrussland (Brest-Litowsk) nach Europa und auch nach Deutschland (Duisburg z.b.) führt. Unruhen in diesen Ländern sind für die Kräfte, die China einen Stein bei der Entwicklung der Seidenstrasse in den Weg legen wollen, natürlich immer hochwillkommen.*

2. **Nord Stream 2 ist ein zweischneidiges geopolitisches Instrument**
Washington befürchtet, dass die deutsche Abhängigkeit von russischer Energie die Haltung Berlins gegenüber Moskau aufweichen wird
(Eigene Übersetzung)….Der Druck auf Deutschland wächst, da seine Notstandsreserven letzte Woche zum ersten Mal seit Jahren auf ein “historisch niedriges Niveau” von unter 60 % gefallen sind.
Moskau bietet an, dass Gazprom sofort mit zusätzlichen Lieferungen beginnen wird, um den deutschen Bedarf zu decken, wenn nur eine Lizenz für den Betrieb von Nord Stream 2 erteilt wird. In Erwartung der Genehmigung durch die deutsche Regulierungsbehörde füllte Gazprom bereits im Oktober die erste der beiden parallelen Pipelines mit so genanntem technischem Gas, und die zweite begann im Dezember mit der Befüllung.

(…) Eine geopolitische Frage
Während alle Protagonisten so tun, als sei dies eine kommerzielle Angelegenheit, haben die USA daraus eine geopolitische Angelegenheit gemacht. Einfach ausgedrückt: Die USA verabscheuen die Vorstellung, dass Russland seine Präsenz auf dem europäischen Energiemarkt weiter ausbaut, und wollen Nord Stream 2 schon in der Wiege töten.
Zweitens befürchtet Washington (zu Recht), dass eine so starke Abhängigkeit Deutschlands von russischer Energie unweigerlich zu einer Aufweichung der Haltung Berlins gegenüber Moskau im Allgemeinen führen wird, was den Interessen des transatlantischen Bündnisses abträglich wäre.
Drittens möchte Washington, dass die Ukraine weiterhin in den Genuss der Transitgebühren von mehr als 1 Milliarde Dollar pro Jahr kommt, die Gazprom an Kiew für die Nutzung der Pipelines aus der Sowjetzeit zahlt, die durch dieses Land nach Westeuropa führen.
Das heißt, während die USA systematisch daran arbeiten, die Ukraine in einen antirussischen Staat zu verwandeln, erwarten sie von Moskau, dass es die ukrainische Wirtschaft weiter subventioniert, die sich in einer Sackgasse befindet.
Schließlich hoffen die USA, auf dem lukrativen europäischen Markt für ihre eigenen Schiefergasexporte Fuß fassen zu können. Langfristig wollen die USA Europa von ihren Energieexporten abhängig machen, so wie die Nordatlantikvertrags-Organisation ihr gefangener Markt für Waffenexporte ist.
Die neue deutsche Regierung ist in die amerikanische Falle getappt. Indem sie Russland gegenüber hart auftritt, verspielt Berlin das Wohlwollen Russlands…
Quelle: Asia Times, 23. Dezember 2021

3. **Medizinstatistiker zur Covid-Datenlage: “Lauterbach könnte recht haben – oder völlig danebenliegen”**
t-online: Herr Antes, zuletzt wurden mehr als 50.000 Neuinfektionen pro Tag gemeldet. Gesundheitsminister Lauterbach aber warnt: Die Dunkelziffer derzeit sei hoch, vermutlich lägen die Fallzahlen zwei bis dreimal höher. Könnte er mit dieser Einschätzung recht haben?
Gerd Antes: Damit könnte er recht haben – oder völlig danebenliegen. Mir ist unklar, auf welche Basis Lauterbach seine Aussage stützt. Das müsste man ihn fragen. Die Dunkelziffer aber ist ein Problem, das uns in dieser Pandemie schon lange begleitet. Zu Anfang wurde sie sogar noch wesentlich höher, von manchen sogar auf das bis zu 20-fache geschätzt. Nach wie vor wird aber nichts getan, um diesen Missstand zu beseitigen. Das ist unverständlich und beschämend.
An diesem Freitag werden Bund und Länder wieder zum Corona-Gipfel zusammenkommen. Beschlüsse werden auf Grundlage von dann vorliegenden Zahlen

gefasst. Glauben Sie, dass die Zahlen der Behörden bis dahin wieder als Grundlage taugen, um politische Entscheidungen zu treffen?
Die Zahlen taugen dann keinesfalls. Wir werden die Dunkelziffer nicht erhellen können in wenigen Tagen. Wir schaffen das ja seit zwei Jahren nicht.
Wo liegen aus Ihrer Sicht die größten Probleme?
Wenn ich eine starke Zunahme von positiven Tests habe, ist sie in der Regel darauf zurückzuführen, dass sich wesentlich mehr Menschen testen lassen. Das lässt einen Rückschluss auf die Testrate zu, nicht aber darauf, wie sehr sich das Virus tatsächlich weiter verbreitet hat. Wir haben nach wie vor keinen Überblick über die Gesamtlage – und wir wissen nach wie vor nicht, wo genau eigentlich Übertragungen stattfinden. Sollen auf dieser Grundlage erneut Schulen, Klubs, Restaurants, ganze Branchen geschlossen werden, ist das unverantwortlich.
Quelle: t-online

4. **Die andere Seite des Virus**
   Die andere Seite des VirusCovid-19 Während sich der reiche Norden mit Lockdowns vor Corona schützt, haben solche Maßnahmen im Süden fatale Folgen: Wirtschaftssysteme kollabieren und Menschen leiden. Über zwei zeitgleiche, und doch grundverschiedene Pandemien
   In den vergangenen zwei Jahren litten Menschen überall auf der Welt unter einer Pandemie – allerdings nicht unbedingt unter derselben. In der reichen Welt wurde eine Atemwegserkrankung, Covid-19, plötzlich zu einer der maßgeblichen Todesursachen. In großen Teilen des ärmeren globalen Südens hingegen hatte nicht das Virus die verheerendste Zerstörungskraft, sondern die Maßnahmen, mit denen Regierungen darauf reagierten. Reichere und ärmere Nationen sind, wie sich einmal mehr zeigt, auf unterschiedliche Weise verwundbar.
   (…) Die Geschichte dieser Schattenpandemie handelt nicht von einer Krankheit – sie handelt von Armut, Hunger, vorenthaltener Bildung und verkümmertem Leben. Diese Disparitäten zwischen globalem Norden und globalem Süden dürften zu den Wesensmerkmalen künftiger Krisen zählen. Die Geschichte zweier Pandemien ist die Geschichte von zweierlei Weltordnung.…
   Die Debatte über unsere internationalen Verantwortlichkeiten in Covid-Zeiten wird oft absurd engstirnig geführt – als ob wir lediglich mehr Impfstoffe in Länder mit unzureichend geimpfter Bevölkerung transportieren müssten… Aber alle Impfstoffe dieser Welt können die Übel der bestehenden Ungleichheit nicht beseitigen. In reicheren Ländern stürzen wirtschaftliche Turbulenzen mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit. In ärmeren Ländern bringen sie mehr Menschen ins Grab…
   Quelle: Der Freitag

Anmerkung Marco Wenzel: *Lesenswert.*

5. **Niedrige Monatsentgelte: Je nach Region zwischen 6 und 43 Prozent betroffen – neue Studie liefert Daten für alle Städte und Landkreise**
   Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die trotz Vollzeitarbeit ein niedriges Monatsentgelt von weniger als zwei Dritteln des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten bekommen, ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen, vor allem in Ostdeutschland. Trotzdem haben auch 2020 bundesweit noch knapp 19 Prozent der sozialversicherungspflichtig in Vollzeit Beschäftigten in diesem nach Definition der Bundesagentur für Arbeit (BA) „unteren Entgeltbereich“ gearbeitet. Dessen Obergrenze lag 2020 bei maximal 2284 Euro brutto monatlich. Das ergibt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, die auch die neusten verfügbaren Daten für alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte liefert.* Die Auswertung zeigt große Unterschiede nach Regionen, Geschlechtern, Branchen und Qualifikation: Während 2020 in Wolfsburg oder Erlangen 6,4 bzw. 8,3 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im unteren Entgeltbereich arbeiteten, galt das etwa in Görlitz oder dem Saale-Orla Kreis jeweils für spürbar mehr als 40 Prozent. Die höchste Quote weist der Erzgebirgskreis mit 43,2 Prozent auf (siehe auch die Tabelle in der pdf-Version dieser PM; Link unten). Unter den Frauen müssen bundesweit 25,4 Prozent mit einem niedrigen Monatseinkommen trotz Vollzeitarbeit auskommen, unter den Männern 15,4 Prozent. Überdurchschnittlich häufig betroffen sind auch junge Vollzeitbeschäftigte, solche mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Personen ohne Berufsabschluss. Besonders ausgeprägt ist der untere Entgeltbereich in Branchen wie dem Gastgewerbe, der Leiharbeit oder der Land- und Forstwirtschaft.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
6. **Jedem Dritten droht Rente von unter 1300 Euro**
   Jedem dritten Beschäftigten in Deutschland droht nach 45 Berufsjahren in Vollzeit eine Bruttorente von unter 1300 Euro im Monat. Das berichten die Zeitungen der Funke Mediengruppe und berufen sich dabei auf eine Antwort des Bundesarbeitsministeriums zu einer Anfrage der Linken im Bundestag. Demnach bleiben nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung netto nur etwa 1160 Euro an Altersbezügen.
   Laut dem Papier müssen Beschäftigte beim derzeitigen Rentenniveau mindestens 2800 Euro im Monat vor Abzügen verdienen, um auf eine gesetzliche Rente von 1300 brutto zu kommen. Wer im Alter 1500 Euro Rente monatlich braucht, müsste mindestens 3200 Euro brutto in Vollzeit verdienen. Um 2500 Euro brutto von der

Rentenversicherung zu erhalten, sei aktuell ein Monatslohn von 5350 Euro vor Steuern und Abgaben erforderlich.
Quelle: DER SPIEGEL

7. **Debeka-Datenanalyse: Psyche Hauptgrund für Berufsunfähigkeit**
   Mehr als jeder dritte Berufsunfähige musste seinen Job wegen einer psychischen Erkrankung aufgeben – das geht aus einer Analyse des Lebensversicherers Debeka für 2020 hervor. Welche Rolle die Pandemie dabei spielte, ist unklar.
   Psychische Erkrankungen bleiben nach Daten der Debeka-Versicherungsgruppe mit großem Abstand Ursache Nummer eins für Berufsunfähigkeit. Dafür hatte der nach eigenen Angaben viertgrößte Lebensversicherer in Deutschland seinen Bestand von etwa 481.000 gegen Berufsunfähigkeit Versicherten für das Jahr 2020 ausgewertet. Für 40,6 Prozent der analysiertem Leistungsfälle waren psychische Erkrankungen Grund für die Berufsunfähigkeit, wie das genossenschaftlich geprägte Unternehmen mit Stammsitz in Koblenz mitteilte. Auswirkungen der Corona-Pandemie seien dabei für 2020 "bisher noch nicht erkennbar oder bestätigt". Die Anzahl psychischer Erkrankungen als Hauptursache für Berufsunfähigkeit schwankt demnach seit Jahren zwischen 40 und 45 Prozent und war in den Jahren 2019 und 2020 wieder rückläufig.
   Quelle: Tagesschau
8. **Schweizer Bauarbeiter weigern sich, die Kosten der Corona-Krise zu tragen**
   Schweizer Arbeitgeberverbände versuchen in der Pandemie, Löhne zu drücken und den Arbeitsschutz aufzuweichen. Doch die Beschäftigten haben sich organisiert und wehren sich nun gemeinsam.
   Wie viele andere Länder hat der Ausbruch der Pandemie auch die Schweiz auf dem falschen Fuss erwischt. Die Auswirkungen von COVID-19 zeigten sich in den Regionen der Alpenkonföderation höchst unterschiedlich – sowohl in wirtschaftlicher wie auch in gesundheitlicher Hinsicht. Doch eines ist in sämtlichen Teilen des Landes bei jeder Welle gleichgeblieben: Es waren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Kosten der Krise getragen haben.
   Quelle: Jacobin
9. **Journalismus im Zwielicht**
   Ringier-Chef Marc Walder hat Aussagen gemacht, die ein gefundenes Fressen für die Gegner des Mediengesetzes sind.
   Via «Nebelspalter» kam Ende Dezember ein zweieinhalbminütiges Video in Umlauf, das den CEO von Ringier, Marc Walder, in die Bredouille bringt. In dem auch auf Youtube greifbaren Dokument ist zu hören, wie Walder in Bezug auf die Corona-Pandemie sagt: «Wir wollen die Regierung unterstützen durch unsere mediale Berichterstattung, [so] dass wir alle gut durch die Krise kommen.» Diesen Leitsatz hat der Ringier-Chef allen Redaktionen in seinem internationalen Reich mitgeteilt, wie er

sagte.
Die Aussage machte er laut dem «Nebelspalter» am 21. Februar 2021 an einem Anlass der Schweizerischen Management-Gesellschaft (SMG). Auf der Website der SMG wird nur ein Auftritt von Walder am 3. Februar 2020 dokumentiert. Seine auf dem Video hörbaren Äusserungen machen aber klar, dass sie Walder nicht schon zu Beginn der Pandemie gemacht hat. Jedenfalls hat der Ringier-CEO gegenüber dem «Nebelspalter» die Aussagen nicht bestritten. Seine Stimme und seine Sprechweise sind darauf gut erkennbar.
Quelle: Infosperber

dazu: Geheimes Video zeigt: CEO Marc Walder zwang alle Redaktionen der Ringier-Medien weltweit auf Regierungskurs
Quelle: Nebelspalter

dazu auch: Wie ein Medienkonzern seine Journalisten auf bedingungslose Unterstützung der Pandemie-Politik festgelegt hat
Der CEO des wichtigsten Schweizer Zeitungsverlags, der auch einige internationale Zeitungen herausgibt, hat sich laut einem nun veröffentlichen Video vor 10 Monaten damit gerühmt, dass er veranlasst habe, dass alle Zeitungen der Gruppe die Corona-Politik der nationalen Regierung unterstützen. Sein Dementi ist schwach und schreckt vor Ad-hominem-Attacken nicht zurück.
Der Nebelspalter, der das Skandalvideo veröffentlichte, spricht angesichts der eigentlich nicht zu Veröffentlichung bestimmten Aufnahme von unverfrorener Komplizenschaft zwischen Staats- und Medienmacht. Sie erkläre, warum die Zeitungen der Ringier-Gruppe, darunter das Bild-Pendant Blick, immer so gut über Pläne der Regierung informiert gewesen seien und die Regierungspolitik immer so freundlich begleitet und kommentiert hätten…
Quelle: Norbert Häring

10. **Keine Zeit für Vernunft – Gedanken zum Jahreswechsel**
Wir leben in einer seltsamen Zeit. Die Probleme türmen sich, aber die Fähigkeit, mit ruhigem Verstand die Welt zu analysieren und Lösungen ernsthaft zu diskutieren, nimmt dramatisch schnell ab. Nebenkriegsschauplätze sind zunehmend wichtiger als die Schlachten, die es eigentlich zu schlagen gilt. Die halbe Republik empört sich, wenn irgendwo vergessen wird, die Sprache gendergerecht zurechtzubiegen, aber gleichzeitig bleiben die großen Fehlleistungen der Politik weitgehend unbeachtet und unkommentiert.
Die dahinterstehende Krankheit ist nicht leicht zu diagnostizieren. Eine wichtige Rolle spielt in jedem Fall das, was man die Vertwitterung der öffentlichen Diskussion

nennen könnte. Immer mehr Menschen glauben offenbar, es sei schon eine Diskussion, wenn man zu einer Sachfrage einen mehr oder weniger dümmlichen Zweizeiler hinterlässt oder über Twitter sein Missfallen und seine Empörung zu einer bestimmten Position kundtut.
Diejenigen, die über ihr Medium große Mengen von Menschen erreichen können, unterstützen dieses Denken leider allzu oft. In den Redaktionsstuben der Presseorgane wird die schiere Menge der Kommentare zu einem Artikel schon als Erfolgskriterium betrachtet, statt zu fragen, ob es unter den dreihundert Äußerungen vielleicht ein oder zwei ernsthafte Meinungen und Statements gegeben hat, die man bei der zukünftigen Arbeit berücksichtigen sollte. Der erhobene Daumen irgendeines anonymen Nutzers gilt bereits als Beleg für die Sinnhaftigkeit und die Wichtigkeit der eigenen Position.
Quelle: Relevante Ökonomik